



Wachstumspaket für die deutsche Wirtschaft

- Bundesfinanzminister Christian Lindner hat in mehreren Reden das Konzept der finanz- und wirtschaftspolitischen Zeitenwende präsentiert, u. a. beim WELT-Wirtschaftsgipfel in Berlin am 24. Januar 2023, beim Gipfeltreffen der Weltmarktführer in Schwäbisch Hall am 31. Januar 2023 und bei der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin am 7. Februar 2023. Die zentralen Argumente der Reden werden im Folgenden dargestellt.
- Analog zur sicherheitspolitischen Zeitenwende als Antwort auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist als Reaktion auf die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft ein Wachstumspaket erforderlich, das mit angebotspolitischen Maßnahmen dazu beiträgt, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.
- Der Steuerpolitik kommt als Standortfaktor eine maßgebliche Bedeutung zu. Das BMF wird mit neuen Gesetzesinitiativen eine Modernisierung des Steuerrechts anstoßen und neue Wachstumsimpulse setzen.
- Weitere Kernanliegen der finanz- und wirtschaftspolitischen Zeitenwende sind schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, mehr strategische Souveränität und Freihandel, eine qualifizierte Einwanderung und eine veränderte Energiepolitik.

■ Geringe Wachstumsdynamik

Deutschland spürt die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auch 12 Monate nach seinem Beginn. Die hohen Energiekosten und die weiterhin hohe Inflationsrate belasten Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Die umfangreichen Maßnahmen der Bundesregierung – drei Entlastungspakete und der wirtschaftliche Abwehrschirm insbesondere mit der Strom-, Wärme- und Gaspreisbremse – haben dazu beigetragen, die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren. Laut der jüngsten Projektion im Jahreswirtschaftsbericht geht die Bundesregierung von einem relativ geringen Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent für das Jahr 2023 aus. Die Inflationsdynamik soll sich dabei zwar verlangsamen, aber die Inflationsrate dürfte mit 6,0 Prozent immer noch auf einem sehr hohen Niveau bleiben.

Damit kann Deutschland nicht zufrieden sein. Im internationalen Vergleich ist Deutschlands Wachstum

niedrig. Hinzu kommt: Auf Dauer ist es unmöglich, gestiegene Energiepreise oder ausgefallene Wertschöpfung über staatliche Verschuldung abzufedern. Nach der Krisenbewältigung kann es eine Verstärkung der expansiven Fiskalpolitik – auch wegen der Verantwortung für die nächsten Generationen und der Stabilität des Euroraums – nicht geben.

■ Strukturelle Ursachen

Die Schwächen der wirtschaftlichen Verfassung Deutschlands haben nicht nur mit dem Krieg in der Ukraine und den Lieferkettenproblemen der Pandemie zu tun. Sie sind vielmehr auf strukturelle Ursachen zurückzuführen. Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Der demografische Wandel wird allein aufgrund der Alterung höhere Aufwendungen im Sozialstaat verursachen. Die Dekarbonisierung und Digitalisierung der Wirtschaft sind große Transformationsaufgaben, die insbesondere private Investitionen einer starken Wirtschaft



erfordern. Diese Herausforderungen müssen in einem Umfeld sehr hoher Energiepreise auf den Weltmärkten angegangen werden, die eine zusätzliche Belastung der Privatwirtschaft bedeuten.

■ Zeitenwende

Deutschland braucht daher nicht nur eine sicherheitspolitische Zeitenwende, wie sie Bundeskanzler Olaf Scholz eingeleitet hat, sondern auch eine wirtschafts- und finanzpolitische Zeitenwende, die die Stärkung der Wachstumskräfte ins Zentrum stellt. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit muss Priorität in Deutschland bekommen. Bundesfinanzminister Christian Lindner setzt sich intensiv dafür ein, dass in den folgenden fünf Handlungsfeldern ein Neustart zur Modernisierung, Entbürokratisierung und verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gelingt.

■ Modernes Steuerrecht

Steuerpolitik ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor für die Standortqualität. Die im internationalen Vergleich hohen nominalen Steuersätze für Unternehmen in Deutschland stellen einerseits einen potenziellen Wettbewerbsnachteil für bereits in Deutschland angesiedelte Unternehmen dar. Andererseits verringern sie die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland als Ganzes, denn sie schrecken Unternehmen ab, die potenziell ansiedlungswillig wären.

Angesichts des Bedarfs an privaten Investitionen, der hohen Inflation und Energiekosten sowie dem weltweit einsetzenden Steuersenkungswettbewerb wie in Frankreich oder den USA ist es nicht angezeigt, in Deutschland Steuersätze zu erhöhen oder neue Steuern einzuführen – weder über einen „Energie-soli“ oder über eine Vermögensteuer, noch über eine höhere Einkommen- oder Körperschaftsteuer. Wirtschaftliche Dynamik und mehr Investitionen entstehen durch steuerliche Entlastung der Betriebe und einen wettbewerbsfähigen Standort, nicht durch höhere Steuer- und Bürokratiebelastungen.

Das BMF wird im Frühjahr 2023 mit zwei steuerlichen Gesetzesinitiativen für einen finanzpolitischen Neustart sorgen: Erstens geht es um Wachstumsimpulse für Unternehmen angesichts der Herausforderungen und Krisen, zweitens um Steuermodernisierung, Steuervereinfachung und Steuerfairness.

■ Steuerliche Wachstumsförderung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Mit der Unternehmensbesteuerung gibt es einen klaren Hebel zur gezielten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Im Vordergrund der Initiative zu diesem Gesetzentwurf steht die im Koalitionsvertrag fest vereinbarte Einführung einer Investitionsprämie, insbesondere für Investitionen in die Transformation und Modernisierung der Wirtschaft. Daneben soll die bereits eingeführte steuerliche Forschungsförderung signifikant ausgeweitet werden. Geprüft werden zudem attraktive Thesaurierungsmöglichkeiten, die Verlängerung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten und Abschreibungsbedingungen für klein- und mittelständische Unternehmen sowie weitere Maßnahmen, die die Investitionstätigkeit und die Resilienz insbesondere des Mittelstands verbessern.

■ Steuermodernisierung, Steuervereinfachung und Steuerfairness

Das BMF wird darüber hinaus in diesem Jahr einen Gesetzentwurf mit dem Schwerpunkt Steuervereinfachung und Steuerfairness vorlegen, um steuerliche Pflichten für viele einfacher und transparenter zu machen.

Steuervereinfachungen sollen den Erfüllungsaufwand für die Steuerzahlerinnen und -zahler verringern. Die Bundesregierung hat dazu in den vergangenen Monaten bereits einige wesentliche Schritte vorgenommen, z. B. den höheren Sparer-Pauschbetrag, die vereinfachte Homeoffice-Regelung oder Maßnahmen zum Abbau von Steuererklärungs-pflichten beim Betrieb von Photovoltaikanlagen.



Zur Senkung des Erfüllungsaufwands und der Bürokratiekosten wird auch die Steuerverwaltung selbst ihren Beitrag leisten müssen. Ziel ist es, den automatisierten Datenaustausch der unterschiedlichen datensammelnden Stellen und Register zu vereinfachen. Die Steuerverwaltung entwickelt eine App, mit der individuelle Belege digitalisiert und dann im Benutzerkonto in ELSTER, dem Online-Finanzamt, hochgeladen werden können. Hierfür soll eine ELSTER-App für mobile Betriebssysteme im Jahr 2023 bereitgestellt werden.

Zudem sei darauf hingewiesen, dass in einem dritten Steuergesetzgebungsverfahren die Einführung der globalen effektiven Mindeststeuer in Deutschland vorgesehen ist. Hier ist die zweite Säule des OECD-Konzepts in nationales Recht umzusetzen, die auf internationaler beziehungsweise europäischer Ebene bereits auf den Weg gebracht wurde. Auch dabei geht es darum, dies mit dem minimal nötigen Erfüllungsaufwand für die Betriebe in Deutschland zu erreichen.

Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren

Deutschland ist als Industrienation auf eine intakte und moderne Infrastruktur angewiesen. Bei der Planung neuer Projekte gibt es aber regelmäßig zu große bürokratische Hürden. Ziel der Zeitenwende sind daher schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren – und zwar generell für alle Bauprojekte. Dazu gehören im Infrastrukturbereich neben der Schiene, der Wasserstraße und der Straße auch Energienetze. Der extrem schnelle Aufbau der Flüssigasterterminals ist der Maßstab für das neue Tempo in Deutschland.

Strategische Souveränität und mehr Freihandel

Zur Stärkung der Souveränität Europas gehören im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit resiliente Lieferketten und eine sichere Rohstoffversorgung sowie

eine Diversifizierung der Handelsströme; das gilt insbesondere auch für die deutsche Wirtschaft. Die Antwort auf den sogenannten Inflation Reduction Act in den USA, der auch Subventionen für klimafreundliche Investitionen und protektionistische Elemente enthält, darf keine Handelsauseinandersetzung oder ein Subventionswettbewerb zwischen den USA und der Europäischen Union sein. Dies würde am Ende nur Verlierer hervorbringen. Statt protektionistischer Maßnahmen, neuer Handelsbarrieren und Zölle sollten mit weiteren Freihandelsabkommen Handelsschranken abgebaut werden. Statt um Handelskrieg muss es in der Zeitenwende um Handelsdiplomatie gehen.

Qualifizierte Einwanderung

Einer der Engpassfaktoren der deutschen Wirtschaft ist in vielen Branchen der Fach- und Arbeitskräftemangel. Neben mehr Investitionen in die Aus- und Weiterbildung ist es das Ziel, qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland für Deutschland zu gewinnen. Das bedeutet: Die Einwanderung für Fachkräfte in den Arbeitsmarkt muss durch ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtert werden.

Energiepolitik in der Zeitenwende

Um für die Zukunft Abhängigkeiten von Rohstoffimporten wie beim russischen Gas zu verhindern, ist es unerlässlich, eine veränderte Energiepolitik zu betreiben. Zur Diversifizierung der Rohstoffversorgung sind neue Energieimportländer unverzichtbar. Neben dem deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien gilt es aber auch, die Möglichkeiten der heimischen Vorkommen von Öl und Gas zu nutzen, etwa beim Schiefergas, die Laufzeit der bestehenden Atomkraftwerke zu verlängern, zudem Wasserstoff – ob grün, blau oder rot – in die Wirtschaft zu integrieren sowie Verfahren der CO₂-Abscheidung und -Speicherung in Deutschland zu ermöglichen.



■ Fazit

Gebot der Stunde ist eine angebotsorientierte Politik im Sinne eines Wachstumspakets, um die wirtschaftliche Dynamik anzukurbeln, private Investitionen zu fördern und die Belastungen für Unternehmen abzubauen. Damit werden zum einen Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit

des Industriestandorts Deutschland verbessert. Zum anderen wird ein Impuls für langfristig tragfähiges Wachstum gesetzt, das sich – im Sinne einer auf Tragfähigkeit und mit Blick auch auf zukünftige Generationen ausgerichteten Finanzpolitik – nicht dauerhaft aus schuldenfinanzierten öffentlichen Mitteln speisen kann.